Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Tatsachen zur Orientkrise ; Umdenken! ; China meldet sich ; Gefährliche Radikalisierung ; Rüstungsstillstand in Sicht? ; Frankreich, wohin?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140292

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tatsachen zur Orientkrise Wir sind nun also doch glücklich über die politische Hochspannung der Sommermonate weggekommen, ohne daß es eine katastrophale Entladung gegeben hätte. Im Orient ist sogar eine gewisse Entspannung eingetreten (wenn sie auch sicher nur vorübergehender Art ist), aber bereits droht sich im Fernen Osten ein neues Wetter zusammenzuziehen, während es den Anschein hat, daß sich zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt nun doch eine Verständigung über die Einstellung der Kernwaffenversuche – wenn schon nicht über die Atomrüstungen selber – anbahnt. Beginnen wir unseren Rundblick also mit der Orientkrise, von deren gefährlicher Zuspitzung wir im Juli-August-Heft nur noch kurz Kenntnis nehmen konnten, und stellen wir, damit wir die klare Sicht behalten, vorerst in aller Knappheit einige grundlegende Tatsachen zu ihrer Beurteilung fest.

1. Der Zweck der amerikanisch-britischen Militärexpeditionen nach dem Libanon und nach Jordanien war nicht die Abwehr einer (wie das neue Schlagwort lautet) «indirekten Aggression» von seiten der Arabischen Bundesrepublik, hinter der die Sowjetunion stünde. Sie galten vielmehr der Sicherung der Regierungen dieser Staaten gegen einen inneren Umsturz, der sie im Gefolge der Revolution im Irak zu bedrohen schien. «Die Regimes, die wir gestützt haben», so schrieb die Neuyorker «Nation» (2. August), «waren Mißgeburten, waren korrupt, diktatorisch, halbfeudal und phantastisch unvolkstümlich. Aber Herr Dulles und seine Vorgänger fanden sie nützlich. Sie waren ‚antikommunistisch', sie waren ‚vernünftig', und sie gewährten Ölkonzessionen ... Von Mossadeghs Vorgehen zur Nationalisierung der britischen Ölinteressen in Iran im Jahr 1951 bis auf die Gegenwart sind die Ölgesellschaften von der Angst vor einer Nationalisierung gejagt worden. Je ‚volkstümlicher' das Regime, desto größer nach ihrer Ansicht die Gefahr der Nationalisierung. Und die Ölgesellschaften haben einen großen Einfluß auf die amerikanische Politik im Mittelosten ausgeübt.»

2. Die amerikanisch-britische Militärexpedition nach dem Libanon und nach Jordanien war und ist grundsätzlich nicht besser als das sowjetische Eingreifen in Ungarn im Herbst 1956. In allen drei Fällen sollte ein schwer erschüttertes Regime von außen her gestützt werden. Und doch stößt sich die bekannte «freie Welt» an dem angelsächsischen Eingreifen großenteils ganz und gar nicht; in der Schweiz haben sogar sozialdemokratische Blätter es gutgeheißen.

3. Amerikas und Englands Eingreifen im Orient erfolgte auf denkbar undemokratische Art. Entgegen dem Versprechen, das Präsident Eisenhower in seiner Botschaft vom 5. Januar 1957 abgab, schaltete

er die Bundesversammlung gänzlich aus, fragte auch keine Dulles untergeordneten Beamten des Außenamtes um Rat und handelte sogar der Warnung des amerikanischen Botschafters in Beirut, McClintock, vor einer Truppenlandung zuwider. Die Londoner Regierung machte es ähnlich.

4. Wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien in einer Zwangslage waren, wie sie behaupteten, so sind sie daran selber schuld. Sie haben es noch im vorigen Jahr hochmütig abgelehnt, den Vorschlag in Betracht zu ziehen, den ihnen die Sowjetunion in zwei Noten gemacht hatte, die Großmächte sollten gemeinsam die Streitfragen im Orient zu lösen suchen, die arabischen Länder aus dem Gegensatz der beiden Machtblöcke herausnehmen und ihnen keine Waffen mehr liefern. Und Amerika insbesondere hat, seine Vorzugsstellung im Suezkrieg nicht ausnützend, schon in der jordanischen Krise von 1957 offen die imperialistische Gewaltpolitik Englands und Frankreichs nachgeahmt und sich damit die Freundschaft der arabischen Welt mutwillig verscherzt. Die unvermeidliche Folge war, daß es auch in der jüngsten Krise wieder zu einer Gewaltlösung griff – wie es immer zu geschehen pflegt, wenn die Staatskunst versagt.

5. Der angelsächsische Gewaltstreich hat keine wirkliche Lösung des Orientproblems gebracht oder angebahnt. Hätten England und Amerika nicht mit Militärgewalt eingegriffen, so wäre allerdings ihre Vormachtstellung im Mittelosten wohl so ziemlich zusammengebrochen. Aber haben sie denn ein Recht auf die Behauptung ihrer imperialistischen Privilegien gegenüber dem elementaren Freiheitswillen der arabischen Völker? Wäre es nicht sogar für sie selber vorteilhafter gewesen, sie hätten sich mit den arabischen Ländern über die Sicherung der Ölliefer ungen auf kaufmännischer Grundlage verständigt, statt durch den ohnehin aussichtslosen Versuch, ihren Herrschaftsanspruch noch einmal gewaltsam durchzusetzen, die Freundschaft der arabischen Welt vielleicht endgültig zu verlieren und den Mittelosten immer mehr auf die Seite der Sowjetunion zu drängen?

6. Die Sowjetunion konnte und kann nicht gleichgültig zusehen, wie die Westmächte einen Erdteil, der ihrer Südflanke vorgelagert ist, zu beherrschen und gegen sie zu organisieren suchen. Was würden wohl die Vereinigten Staaten tun, wenn sowjetische Truppen in zwei mittelamerikanischen Republiken landen und deren sowjetfreundliche Regierungen gegen oppositionelle Volksbewegungen schützen würden? Trotz ihrem nur zu begründeten Interesse an dem Schicksal des Mittleren Ostens antwortete die Sowjetunion indessen auf die westmächtliche Militäraktion nicht mit einer eigenen kriegerischen Expedition, sondern mit dem Vorschlag, eine Gipfelkonferenz der beteiligten Staaten einzuberufen, und dann, als die Westmächte und China das ablehnten, mit dem Vorschlag, die Lage in Vorderasien der Generalversammlung der UNO zu unterbreiten. Es wird schwer halten, die

friedenswillige Absicht und friedenfördernde Wirkung der sowjetischen Haltung zu leugnen. Die Folgen wären unabsehbar gewesen, wenn als Gegenstoß gegen die britisch-amerikanische Offensive etwa im Irak sowjetische Fallschirmtruppen gelandet wären.

Umdenken! Wir brauchen hier nicht im einzelnen den an Zwischenfällen reichen Weg zu beschreiben, der von dem ursprünglichen Konferenzvorschlag Moskaus zu der schließlich zustandegekommenen Sondertagung der UNO-Versammlung führte. Wesentlich ist – wenigstens vorläufig –, daß die UNO einstimmig eine Entschließung annahm, die von den ebenfalls erstaunlicherweise einmütigen arabischen Staaten vorgelegt worden war und neben der Empfehlung einer Mäßigung des Radiokrieges im Mittelosten dem UNO-Generalsekretär den Auftrag gab, in Verhandlungen mit den vor allem beteiligten arabischen Staaten die Bedingungen für den Abzug der amerikanischen und britischen Truppen und für die Durchführung eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms im Mittelosten zu klären. Dieser Ausgang der Verhandlungen erfüllte zwar die ursprüngliche Forderung der Sowjetunion auf sofortigen Rückzug der amerikanischen und britischen Streitkräfte nicht, stellt aber doch vor allem eine deutliche Niederlage der Westmächte dar, die die Zustimmung der UNO zu dem bewaffneten Eingreifen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die Anerkennung der «indirekten Aggressionshandlungen» der Arabischen Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie Garantien für den Bestand der «bedrohten» Länder und ihres inneren Regimes gefordert hatten. So konnte auch Ägypten-Syrien, einem Wunsch des Sudans und Tunesiens nachgebend, der Schlußresolution zustimmen, zumal die Räumung des Libanons und Jordaniens durch die angelsächsischen Streitkräfte nur eine Frage der Zeit ist und nun die Verantwortung für ihr Zustandekommen in erster Linie den Westmächten und ihren orientalischen Satelliten zugeschoben ist. Die aber zögern sehr begreiflicherweise mit der Liquidierung der angelsächsischen Militäraktion, ist es doch fast sicher, daß sowohl im Libanon, wo Ende September der «neutrale» Präsident Chehab sein Amt übernehmen wird, als besonders in Jordanien das ganze feudal-reaktionäre Regime zusammenbrechen wird, sobald der letzte amerikanische und britische Soldat das Land verlassen hat. Und doch bleibt den Vereinigten Staaten und Großbritannien zuletzt nichts anderes übrig, als ihre bisherigen Machtstellungen im Mittelosten zu räumen, wenn sie nicht neue, schwere Verwicklungen riskieren wollen, die sie dennoch nicht vor der endgültigen Offenbarwerdung des Bankrotts ihres vorderasiatischen Kolonialismus und Imperialismus retten würden.

Es braucht tatsächlich nichts Geringeres als ein völliges Umdenken der westmächtlichen Orientpolitik, sollen die Länder Vorderasiens in friedlicher Entwicklung zu Freiheit und Wohlstand, ja überhaupt zu

einem menschenwürdigen Leben ihrer verelendeten Volksmassen emporgeführt werden. Der Westen muß sich einfach mit der Notwendigkeit einer achtungsvollen Zusammenarbeit mit den zu Unabhängigkeit und Selbstregierung drängenden Völkern des Mittelostens abfinden. Er muß das Recht der arabischen Staaten zum Zusammenschluß in irgendeiner Bundesorganisation anerkennen, die dem Machtkampf der beiden großen Weltlager entrückt ist, dies um so mehr, als ein neutraler arabischer Staatenbund auf den Absatz seines Erdöls in den Westländern angewiesen ist, während die Sowjetunion das vorderasiatische Öl nicht nötig hat. Die Westmächte müssen aber auch zugeben, daß die Sowjetunion von der Mitsprache bei der Gestaltung der vorderasiatischen Zukunft nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Sie werden mit ihr zum Zweck der großzügigen wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelostens zusammenarbeiten müssen; sie werden aber auch die politische Befriedung des vorderasiatischen Raumes zusammen mit der Sowjetunion unternehmen müssen, etwa in Form einer Gewährleistung der Sicherheit sowohl Israels gegenüber arabischen Angriffsgelüsten als der übrigen mittelöstlichen Staaten gegenüber einer Bedrohung ihres Bestandes von irgendeiner Seite her.

Es ist nicht schwer, solche und ähnliche Bedingungen für die Lösung der neuen «orientalischen Frage» aufzustellen, die schon im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in anderer Form die Weltpolitik heftig beunruhigt hat. Um so schwerer ist es, denjenigen Umschwung in der öffentlichen Meinung des Westens, vorab Amerikas, herbeizuführen, der die Regierungen zwingen könnte, ihren Kurs gründlich zu ändern. Sicher ist nur, daß die ganze Zeit des erobernden Imperialismus, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit Macht einsetzte, auch im Mittelosten zu Ende geht und daß keine Diplomatie und kein militärisches Auftrumpfen es den Westmächten auf die Länge ersparen wird, diese Wandlung der Dinge anzuerkennen und daraus die unerläßlichen Folgerungen zu ziehen.

China meldet sich Die Außenpolitik von Eisenhower und Dulles ist zwar gerade jetzt in den Vereinigten Staaten selbst wieder einmal heftigsten Angriffen ausgesetzt; der demokratische Senator Fulbright zum Beispiel beschuldigte ihre Leiter ungescheut, sie hätten Amerika in der Orientkrise «an den Rand einer Katastrophe geführt». Allein es wäre Selbsttäuschung, wollte man für absehbare Zeit eine irgendwie durchgreifende Wirkung dieser Angriffe voraussehen. Das ist weder in bezug auf den Mittelosten noch für die amerikanische Fernostpolitik zu erwarten, deren Fortführung besonders verhängnisvolle Folgen nach sich zu ziehen droht. Wie unmittelbar gefährlich die Lage in Ostasien geworden ist, zeigt die planmäßige Beschießung der von der Formosaregierung besetzten, aber der chinesischen Küste direkt vorgelagerten und nur zum Angriff auf sie verwendbaren kleinen Inseln Quemoy und Matsu

durch die Batterien und Flugzeuge der Volksrepublik. Ob Peking die beiden Inseln wirklich zurückerobern will, ist im Augenblick, da ich schreibe, noch nicht klar; die Drohung gegen Tschiang Kai-schek und damit die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens der amerikanischen Kriegsflotte ist hingegen um so klarer. «Wir sind Verbündete Nationalchinas», warnte der amerikanische Armeeminister Brucker jüngst in Hongkong die «Rotchinesen». «Wir achten und bewundern Tschiang Kai-schek, und wir werden fortfahren, als Verbündete für eine gemeinsame Sache zusammenzuarbeiten: die Verteidigung der freien Welt (!)», zu deren zuverlässigen Stützen natürlich das reaktionär-korrupte Formosaregime ebenso notwendig gehört wie die gleichgearteten Regierungen des Libanons und Jordaniens, zu deren Schutz amerikanische und britische Truppen aufgeboten worden sind.

Die Chinesische Volksrepublik sucht gewiß keinen Krieg mit Amerika; aber offenbar würde sie sich auch nicht übermäßig anstrengen, um ihn zu vermeiden, sofern nämlich der Londoner «New Statesman» recht hat, der in zwei aufschlußreichen Artikeln über Chinas Innen- und Außenpolitik (16. und 30. August) auf Grund eines genauen Studiums der chinesischen Presse feststellen zu müssen glaubt: «Es ist jetzt amtliche Lehre, daß China, im Unterschied zum Westen, einen Krieg überleben kann; der Krieg würde zum Triumph des Kommunismus und zum ‚ewigen Frieden' führen.» «Die chinesischen Führer machen kein Hehl daraus, daß sie im Notfall bereit sind, die vollen Auswirkungen eines Atomkrieges ins Auge zu fassen und ihn zu überleben. Von den 600 Millionen chinesischen Bauern, die über mehr als drei Millionen Quadratmeilen Land hin zerstreut sind, würden nach ihrer Rechnung ein- oder zweihundert Millionen einen Weltkrieg überleben, in einem Lande, das radioaktiv, aber doch bewohnbar wäre.»

Das ist freilich eine entsetzliche Rechnung. Aber, so fragt man sich, was steht denn hinter dieser düsteren Entschlossenheit der Chinesen? Kurz gesagt: kaum etwas anderes als ihr Anspruch, endlich als unabhängiger Staat und Großmacht anerkannt zu werden, die ihren würdigen Platz im Schoße der Vereinten Nationen einzunehmen das Recht habe. Diesen Anspruch meldet China mit der Kanonade gegen Quemoy und Matsu und der Ausdehnung seiner Küstengewässer auf 12 Meilen in einer für alle Welt verständlichen Form an. Die Mehrheit der UNO-Staaten und vor allem Amerika aber lehnen ihn auf beleidigendste Art ab. Die Chinesische Republik, so sagt man in Washington, sei auf ungesetzlichem, revolutionärem Weg entstanden (wie die Vereinigten Staaten selbst und wie die neue Republik Irak, die von der amerikanischen Regierung prompt anerkannt wurde); sie sei von der UNO im Koreakrieg als Angreifer erklärt worden (weil sie sich MacArthur entgegenwarf, der bereits gegen die Mandschurei im Anmarsch war); sie sei eine vorübergehende Erscheinung, ohne innere Autorität und Festigkeit (obwohl sie das stabilste Regime ist, das

China seit Jahrhunderten kennt), und was der Vorwände und Unwahrheiten mehr sind.

Daß den Chinesen, trotz ihrer sprichwörtlichen Geduld, dieses ganze Ränkespiel allmählich doch zu bunt wird, ist mehr als begreiflich. Wer das neue China am Werk gesehen hat und seine ungeheuren zivilisatorischen Leistungen auch nur einigermaßen kennt, der zweifelt keinen Augenblick daran, daß es sich reißend schnell zu einer Großmacht ersten Ranges entwickelt, mit Aussicht auf die führende Stellung unter den Nationen Asiens, neben und sogar noch vor Indien, bestimmt aber vor Japan, dem (freilich nicht mehr ganz zuverlässigen) Hauptvasallen Amerikas im Fernen Osten. Und er empfindet es einfach als Schande, daß dieses China, mit seiner riesigen wissenschaftlichen und technischen Energie, beispielsweise von der gegenwärtig in Genf tagenden Weltkonferenz für die Entwicklung der Atomkraft ausgeschlossen ist, weil nicht die Pekinger Regierung, sondern diejenige von Taipeh (auf Formosa) die rechtmäßige Vertreterin des chinesischen 600-Millionen-Volkes sei . . .

Gefährliche Radikalisierung Gegen das ihm angetane Unrecht und seine weittragenden Folgen wehrt sich China seit Jahr und Tag mit zunehmender Erbitterung. Leider auch – und anscheinend immer einseitiger – mit den üblichen Druckmitteln militärischer und wirtschaftlicher Machtpolitik. Dank dem 1954 eingeführten Militärzwang droht es, im Kriegsfall 80 oder noch mehr Millionen Soldaten auf die Beine stellen zu können. Gleichzeitig führt es einen zähen Wirtschaftskrieg gegen Japan, das unter USA-Druck mit ihm keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen will, aber zur Ausgleichung seines Handelsdefizits auf den fast unbegrenzt aufnahmefähigen chinesischen Markt angewiesen ist und um keinen Preis in einen west-östlichen Atomkrieg hineingezogen werden will, auch wenn es seine friedlichen Beziehungen mit Amerika durchaus weiterzuentwickeln wünscht. Und immer planmäßiger sucht China auch die Sowjetunion auf die Bahn eines gefährlichen politischen Radikalismus zu drängen.

Der neue, scharfe Kurs Pekings wurde anscheinend an der politisch-militärischen Konferenz festgelegt, die im Frühsommer während voller sechs Wochen abgehalten wurde und rund tausend Würdenträger und Sachverständige in Peking vereinigt haben soll. Ihre Wirkungen zeigten sich zunächst besonders in den Reibungen, die sich seither zwischen der sowjetischen und der chinesischen weltpolitischen Linie eingestellt haben. Für Peking ist gegenwärtig – international gesehen – das Ziel nicht die Förderung des Kommunismus, sondern die Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung der aufstrebenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die von der westlichen Vormundschaft freigemacht werden müßten. Das könne aber nur erfolg-

reich getan werden, wenn der kommunistische Weltblock in sich selber unbedingt geschlossen dastehe und keinerlei Spaltung und Schwächung durch «revisionistische» Kräfte erfahre, die nur der Sache des kapitalistischen Westens dienten. Dieses Programm wurde zum erstenmal nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes, im Dezember 1956, in einem ausführlichen Schriftstück entwickelt, das unmißverständlich darlegte, was kommunistische Rechtgläubigkeit und was gefährliche Ketzerei sei – wobei die Russen mindestens zwischen den Zeilen gebührend zurechtgewiesen wurden. Besonders scharfen Ausdruck fand dann die «neue Lehre» in dem auffallend heftigen Kampf, den die chinesische Partei und die Regierung Mao gegen die jugoslawischen Abweichungen vom strengen Marxismus führten. Der Titoismus, so hieß es in den zahllosen Kundgebungen, die Peking gegen ihn erließ, sei kaum etwas anderes als ein reaktionärer bürgerlicher Nationalismus, der die Grenzen zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verwischen suche und den proletarischen Internationalismus zum Nutzen der Weststaaten verleugne.

Inzwischen war auch in China selbst mit allem Revisionismus gründlich aufgeräumt und die Lehre von den «hundert Blumen», die im Garten des Fortschritts blühen könnten, von den vielen Wegen, die zum Sozialismus führten, in aller Form widerrufen worden. Die «bürgerlich-konservativen» Intellektuellen und Ideologen wurden zur Ordnung gerufen und in Presse und Literatur, Kunst und Wissenschaft, Radio- und Filmproduktion, aber auch in den Partei- und Regierungsämtern eine radikale, alles wieder gleichschaltende Säuberung vorgenommen.

Nach außen hin bekundete sich der «harte» Kurs neuerdings in der überaus zornigen Reaktion, die das amerikanisch-britische Orientabenteuer in China hervorrief. 83 Millionen Chinesen, so erfuhr man, hätten in öffentlichen Versammlungen gegen die westmächtliche Einmischung in asiatische Angelegenheiten demonstriert; in einer amtlichen Veröffentlichung, die als Beilage zu der schönen Zweimonatsschrift «Chinese Literature» erschienen ist, kann man im Wortlaut eine Anzahl der überaus heftigen Protestkundgebungen nachlesen, die bei diesem Anlaß erlassen wurden. Auch die Sowjetunion bekam die chinesische Empörung zu spüren. Chruschtschew mußte bei seinem Blitzbesuch in Peking wahrscheinlich von Mao hören, daß man in Moskau viel zu geduldig gegenüber den westmächtlichen Herausforderungen gewesen sei und daß auf einen kriegerischen Vorstoß Amerikas oder Englands in Ostasien die Chinesische Volksrepublik auf ihre Art antworten werde. Jedenfalls ließ die Sowjetregierung daraufhin ihren Vorschlag für eine Gipfelkonferenz ohne China, aber vielleicht mit dem Vertreter Formosas, plötzlich fallen und begnügte sich mit einer Aussprache in der UNO-Versammlung über den Mittelostkonflikt. Und sicher hat der chinesische Feldzug gegen den Revisionismus auch seinen Anteil an der Abkehr von der Liberalisierungs-

politik, die Chruschtschew am 20. Parteitag in Moskau so sensationell eingeleitet hatte. Das Schwergewicht innerhalb der kommunistischen Welt verschiebt sich so immer offenkundiger nach Osten.

Moskau hat natürlich auch seine Trümpfe in der Hand, vor allem die wirtschaftliche und technische Hilfe, die die Sowjetunion so ausgiebig an China leistet und die Peking vorerst unmöglich entbehren kann. Aber eine Karte vermag Moskau nicht auszustechen: Chinas verhältnismäßige Unbekümmertheit um die Folgen eines neuen Weltkrieges. Die «große Abschreckungswaffe», die die H-Bombe sein soll, macht auf die chinesischen Staatslenker nicht den gleichen Eindruck wie auf ihre sowjetischen Kollegen, und das gibt ihnen eine Manövrierfreiheit und Verhandlungsstärke, die man in Moskau nicht übersehen kann, die zu würdigen aber vor allem die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten allen Grund haben. Der «New Statesman» hat nur allzu recht, wenn er seinen Artikel vom 30. August mit der feierlichen Warnung schließt: «Ist einmal das Einverständnis über die Abschreckungswaffe gebrochen, so werden die Amerikaner die Anerkennung der Existenz Chinas nur auf die Gefahr hin verweigern können, daß sie zwischen Kapitulation und wirklichem Krieg zu wählen haben – mit Folgen, die ins Auge zu fassen fast zu gefährlich wäre. Wenn Herr Dulles weiterhin die Heimat von nahezu einem Viertel der Weltbevölkerung von der Weltkarte streichen will, mit dem abergläubischen Text darunter ‚Hier gibt es Drachen', so wird er es einzig sich selber zuzuschreiben haben, wenn aus seinem Alptraum eine Wirklichkeit wird.»

Rüstungsstillstand in Sicht? Zum Glück liegt die Entscheidung über Chinas Aufnahme in die UNO so wenig wie diejenige über andere Kernfragen der Weltpolitik nicht allein in den Händen des amerikanischen Außenministers und seiner Gesinnungsgenossen. Es gibt auch noch Kräfte der Vernunft und des Gewissens in der Welt, und es gibt nicht zuletzt – Wissenschaft und Technik. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Genfer Konferenz zum Studium der Kontrollierbarkeit von Atomexplosionen mit einem eigentlich doch überraschenden, aber deswegen nur um so ermutigenderen Erfolg geendet hat. Es ist nun – trotz der Ungläubigkeit westlicher Gelehrter, Politiker und Militärs – bewiesen, daß jeder Versuch mit Kernwaffen von einiger Bedeutung durch das Zusammenwirken verschiedener Beobachtungsmethoden aufs genaueste registriert werden kann, so daß es nun technisch möglich wäre, ein dichtes Netz von Kontrollposten über die ganze Erde hin zu errichten, das jede geheime Probeexplosion von vornherein ausschlösse. Das «nichtexistierende» China bliebe zwar zunächst von diesem Kontrollsystem ausgeschlossen, aber vielleicht sieht man nun sogar in Washington ein, daß von einem wirksamen Kampf gegen die Atomkriegsgefahr ohne Beteiligung Chinas keine Rede sein kann . . .

Daß sich die Sowjetunion ohne weiteres bereit erklärt hat, auf ihrem Gebiet Kontrollposten einrichten zu lassen, wird nun auch von denjenigen als «bedeutsames Zugeständnis» anerkannt, die – fälschlicherweise – immer behauptet hatten, es liege einzig an der Weigerung Moskaus, wenn keine zuverlässige Überwachung einer atomaren Abrüstung zustande komme. Noch wichtiger ist aber die Tatsache, daß auf Grund der Ergebnisse der Genfer Konferenz, aber freilich auch erst nach Abschluß der neuesten amerikanischen Versuchsreihe, die Regierung der Vereinigten Staaten, unterstützt von Großbritannien, sich bereit erklärt hat, der Einstellung der Atomexplosionen wenigstens für ein Probejahr und unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Die Sowjetunion traut zwar diesem Zugeständnis nicht recht und erklärt sich von ihrer einseitig übernommenen Verpflichtung zur Einstellung der Kernwaffenversuche bedauerlicherweise frei; da nun aber am 31. Oktober der technischen Konferenz eine neue, diesmal politische Konferenz in Genf folgen soll, ist die Hoffnung erlaubt, daß das allgemeine, unwiderrufliche Ende der todbringenden Atomexplosionen doch nahe ist. Die Völker würden erleichtert aufatmen, wenn es wirklich soweit käme!

Für die militärische Abrüstung selber, besonders für eine Abschaffung der Kernwaffen, wäre damit freilich noch nicht viel gewonnen. Wenn auch vielleicht ein Abkommen über den Verzicht auf eine weitere Herstellung von Atomwaffen möglich ist und jedenfalls erstrebt werden muß, so scheint es doch technisch unmöglich, die Zerstörung der bestehenden Vorräte atomischer Waffen zu sichern. Dazu kommt, daß die Westmächte überhaupt nicht den Willen haben, auf Herstellung und Lagerung von Kernwaffen zu verzichten, da sie dann angeblich einer Masseninvasion von Osten ausgeliefert wären, die mit nichtatomaren Waffen durchgeführt würde. Ist also eine wirksame Abrüstung überhaupt unmöglich, solange die hysterische Russen- und Mongolenangst im Westen grassiert?

Keineswegs, so versichern uns wiederum wissenschaftliche und technische Fachleute. Die Zeit sei nämlich nicht fern, so sagen sie, da es keinen Sinn mehr haben werde, den mutmaßlichen Gegner in einem Zukunftskrieg in der Erfindung von Fernwaffen zu überbieten, die imstande wären, die militärischen Anlagen, Waffenvorräte und sonstigen Vorkehrungen eines Angreifers zu zerstören. Es werde schon recht bald möglich sein, tief unter der Erde Ferngeschosse mit festem Treibstoff zu lagern, die von beweglichen Plattformen aus abgefeuert würden, also die wichtigsten Angriffswaffen unverwundbar zu machen (wie dies schon jetzt bei den atomaren Unterseebooten vom Typ «Nautilus» der Fall ist). Dem Wettrüsten wäre damit ein Riegel gestoßen; beide Mächtegruppen könnten sich damit begnügen, eine unverwundbare, allzerstörende Vergeltungswaffe zu haben, die sie hoffentlich nie tatsächlich einzusetzen brauchten.

Wir wollen gern glauben, daß es damit innert absehbarer Zeit seine Richtigkeit haben werde und daß inzwischen die Gefahr der Auslösung eines Atomkrieges durch Unglücksfall, böse Absicht oder Ausweitung eines «kleinen» Regionalkrieges gebannt werden könne! Inzwischen haben allein die Vereinigten Staaten gegenwärtig dauernd 250 bis 300 Atombomber in der Luft, mit der Aussicht, daß es bis Jahresende 600 oder 700 werden, während die amerikanischen «Verteidigungsausgaben» im Budgetjahr 1958/59 nicht weniger als 39,6 Milliarden Dollar erreichen sollen – die größte bisher in Friedenszeiten erklommene Höhe. Und die Sowjetunion samt China werden bei dieser Gipfelstürmerei gewiß auch nicht gern zurückbleiben . . .

Frankreich, wohin? Die europäischen Vorgänge mußten diesmal bei unserem internationalen Rundgang ungebührlich vernachlässigt werden. Ein Blick auf Frankreich drängt sich indessen doch noch auf. General de Gaulle hat ja soeben seinen geheimnisvollen Verfassungsplan enthüllt, und Ende des Monats soll die berühmte Volksabstimmung darüber stattfinden. Was soll man – um nicht auf Einzelheiten einzutreten – zur Kennzeichnung dieses Entwurfes anderes sagen, als daß er vollauf bestätigt, was über seinen Geist und Sinn schon bisher durchgesickert war: daß er nämlich einfach auf eine verschleierte Diktatur der Rechten abzielt, deren Form auf de Gaulle persönlich zugeschnitten ist, die sich aber unabhängig von ihm zu einem regelrechten Faschismus auswachsen kann, wenn nicht rechtzeitig mächtige, entschlossenste Gegenkräfte aufstehen? Eine «Monarchie ohne Krone» nennt der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» den Verfassungszustand, in den Frankreich nun hineingleiten wird; ich fürchte, es wird eher eine Republik ohne die letzten Spuren von Freiheit und Gleichheit, die das bisherige Regime übrig gelassen hat, herauskommen, nicht bloß ein starkes «Ordnungsregime», das eine Wiederkehr des abgewirtschafteten Parlamentarismus ebenso verhindern soll wie eine Diktatur der Militärführer, der gleichen Leute also, die doch de Gaulle überhaupt erst zur Macht gebracht haben und deren Gefangener er schon jetzt ist. Natürlich waren de Gaulle und seine Berater vorsichtig genug, um die übliche «demokratische» Verkleidung über die neue Verfassung zu stülpen; aber die Hüllen werden bald genug Stück für Stück fallen, und dann werden wohl auch denjenigen «Halblinken» die Augen aufgehen, die jetzt beharrlich nicht sehen wollen, was ist. Daß die Kommunistische Partei, wenn nicht verboten, so doch bei den kommenden «Wahlen» zerschlagen werden wird, ist noch das geringste Übel; viele Franzosen machen sich darüber hinaus schon heute auf ein planmäßig rückschrittliches Unterdrückungssystem gefaßt, das nur durch ein politisches (oder wirtschaftlich-finanzielles) Elementarereignis gestürzt werden könne.

Selbstverständlich wird General de Gaulle in der Schlacht um sein Verfassungswerk einen «großen Sieg» erringen. Dafür sorgt schon die riesige Gleichgültigkeit, die sich in politischen Dingen des französischen Volkes bemächtigt hat, verbunden mit einer tiefsitzenden Erbitterung über den trostlosen Leerlauf des parlamentarischen Betriebes während der vergangenen dreizehn Jahre, trotz oder gerade wegen der zweiundzwanzig (oder sind es noch mehr?) Regierungen, die er produziert und konsumiert hat. Und doch ist es im Grunde ja nicht das «Parteienregiment», das die Vierte Republik zugrundegerichtet hat, sondern die Tatsache, daß die Zersetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Bildung einer stetigen, handlungsfähigen Regierung einfach nicht erlaubt hat: einer Regierung der Rechten deshalb nicht, weil hinter ihr keine Parlaments- und vollends keine Volksmehrheit gestanden wäre, einer Regierung der Linken aber deshalb nicht, weil der sture Antikommunismus der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Fortschrittsgruppen die Ausnützung der zahlenmäßig bestehenden Linksmehrheit für die Aufrichtung einer neuen «Volksfront» nie und nimmer zugegeben hätte. So sucht de Gaulle nun eben ein stetig reaktionäres Regime auf künstliche, gewaltsame Art herzustellen und zu sichern: durch Entmachtung des Parlaments, Verschlechterung des Wahlrechts und Aushöhlung der Freiheitsrechte, die dem französischen Volk noch verblieben sind. Das aber ist schließlich die gleiche Rolle, die in anderen Ländern der Faschismus gespielt hat und weiter spielt, auch wenn die Diktatur in Frankreich andere Formen annimmt als in Italien, Deutschland, Spanien usw. und de Gaulle selber kein Faschist ist.

Aber diese Zusammenhänge sind eben «dem Mann (und der Frau) auf der Straße» noch längst nicht klar; die guten Leute lassen sich, wenn nicht von einer sträflichen Teilnahmslosigkeit, so doch von einem allzusehr bloß gefühlsmäßigen Abscheu vor dem unfruchtbaren, verdorbenen Treiben der «Schwatz- und Intrigenbude» leiten, die man Parlament nannte und die unter keinen Umständen mehr wiederkehren dürfe. Und den Rest besorgt eine ungeheure, mit allen Mitteln arbeitende Abstimmungspropaganda, die der General selber anführt und die, unter Ausnützung des alten de-Gaulle-Mythos, nicht zuletzt die nationalistischen Gefühle in breiten Volksschichten aufwühlt, eine neue Größe Frankreichs und seines afrikanischen Imperiums vorspiegelnd. In den Kolonien selbst hat sich de Gaulle seine Mehrheit von vornherein gesichert, indem er sie brutal vor die Wahl stellte, entweder «seine» Verfassung telle-quelle anzunehmen, also sich weiterhin der Vorherrschaft Frankreichs zu fügen, oder im Fall ihrer Ablehnung jede finanzielle und wirtschaftliche Hilfe Frankreichs zu verlieren, eine Unabhängigkeit, die sich noch kaum eine Kolonie leisten kann. Und was Algerien anlangt, so scheinen dort die Fallschirmer den Willen zur Stimmenthaltung so ziemlich gebrochen zu haben. In

Oran zum Beispiel hatten sich zuerst ganze 43 Algerier in die Stimmlisten eintragen lassen; nachdem die Fallschirmer zehn Tage lang «gearbeitet» hatten, waren es bereits über 80 000 . . .

Und doch wird de Gaulle keines der großen Probleme lösen können, die Frankreich gestellt sind, so wenig er die Probleme gelöst hat, die bei Kriegsende so drängend und zugleich lockend aufgestanden waren. Er hat damals seinen (sehr übertriebenen) Ruf als Résistant nur dazu benützt, die revolutionären Kräfte einzuschläfern und die Rückkehr der Herrschaft der Rechten vorzubereiten. So wird er auch jetzt wieder seine «Sendung» nicht durchführen, um Frankreich wirklich zu retten und ihm aus dem Chaos herauszuhelfen, in das es geraten ist; er wird im besten Fall das kapitalistisch-nationalistische Herrschaftssystem für eine gewisse Zeit zu stabilisieren vermögen, im schlimmeren Fall aber die Probleme Frankreichs noch mehr verwirren und ihre Lösung erschweren. Nicht zuletzt wird er auch gegenüber dem Kolonialproblem versagen (davon ist an anderer Stelle dieses Heftes die Rede), und insbesondere wird er Algerien nicht Frieden und Freiheit bringen, sondern neuen Krieg und neue Vergewaltigung – als ob es an den 20 000 Algeriern, die in den letzten acht Monaten von den Franzosen im Kampf getötet wurden, noch nicht genug wäre! Die Lage in Algerien verschlimmert sich ja für die Franzosen neuerdings wieder bedenklich, während in Frankreich selbst die algerische Kampforganisation des Front de Libération Nationale eine böse Terroroffensive gegen Leben und Eigentum ihrer weißen «Mitbürger» eröffnet hat.

Es bedrückt einen unter all diesen Umständen immer wieder schwer, daß die französische Linke, die so ausgezeichnete Menschen und tapfere Einzelgruppen in sich schließt, auch gegenüber der gaullistischen Gefahr uneinig, großenteils zielunklar, auf jeden Fall kampfunfähig und als politische Kraft ohne wesentliches Gewicht bleibt. Aber was hilft's? Vielleicht muß eben die Gegenrevolution des konservativen Bürgertums noch einmal ihren Tag haben, bis die Illusionen verfliegen, die sie umgeben, die Schläfrigkeit der Massen gebrochen wird und die Zerfahrenheit der Oppositionsgruppen überwunden ist, die noch immer verhindert, daß «le pays réel» – um das von der Reaktion so gern für i h r e Zwecke beanspruchte Wort zu gebrauchen – zu seinem Recht kommt und die unverbrauchten revolutionären Kräfte der Nation endlich ihr Erneuerungswerk beginnen können.

5. September. *Hugo Kramer*